



Peter Götz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 74928

 (030) 227 76862

peter.goetz@bundestag.de

 www.goetzpeter.de

Berlin, 13.11.2003

**Götz: Chancen für die Gemeinden im Vermittlungsausschuss
Zu den Chancen für die Kommunen im Vermittlungsausschuss
von Bundestag und Bundesrat erklärt der kommunalpolitische
Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB:**

Von heute bis voraussichtlich zum 10. Dezember haben die Kommunen im Vermittlungsausschuss eine neue Chance. Jetzt müssen die Weichen für eine umfassende echte Gemeindefinanzreform gestellt werden, die ihren Namen verdient. Soforthilfen müssen schnell wieder Geld in die Gemeindekassen bringen. Die Union hat die Rücknahme der Gewerbesteuerumlageerhöhung und zusätzliche Mehrwertsteueranteile dafür vorgeschlagen: unbürokratisch, verlässlich und berechenbar. Die unzureichenden und schädlichen rot-grünen Gesetze müssen vom Tisch. Die Kommunen brauchen Entlastungen bei Aufgaben und Kosten, vor allem im sozialen Bereich und durch Überregulierung. Es muss Schluss sein mit der Verlagerung von Aufgaben und Kosten durch Bundesentscheidungen ohne Finanzierung. Damit der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ gilt, muss das Konnexitätsprinzip ins Grundgesetz. Die Gemeinden brauchen auf der Einnahmeseite einfache, transparente und gerechte Steuern, die unbürokratisch zu erheben sind.

* Jeder muss wissen, wie viel Steuern er an seine Gemeinde entrichtet und wofür.

- Der Beitrag der Wirtschaft an der Finanzierung der kommunalen Aufgaben muss wieder angemessen, stetig und von den Kommunen durch ein Hebesatzrecht selbständig gestaltbar sein.

* Für gute Standortbedingungen muss eine Gemeinde angemessene transparente und „fühlbare“ Steuereinnahmen bekommen. Daran sind die Kommunen genau so interessiert wie die Unternehmer und die Wohnbevölkerung.

Die von Friedrich Merz vorgeschlagene radikale Vereinfachung des Steuerrechts bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer fordert eine dringend notwendige Vereinfachung der kommunalen Steuern geradezu heraus. Es eröffnet einen Weg für eine umfassende Reform der Kommunalfinanzen. So könnten Städten und Gemeinden Anteile am

PRESSMITTEILUNG



Peter Götz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 74928

 (030) 227 76862

peter.goetz@bundestag.de

 www.goetzpeter.de

Aufkommen der reformierten Einkommen- und Körperschaftsteuer gegeben werden, auf die sie jeweils kommunale Hebesätze anwenden können. Die bisherige Gewerbesteuer könnte dadurch entfallen. Die Chance dazu muss schnell, spätestens nach dem Ende des Vermittlungsverfahrens genutzt werden - auf der Grundlage von kräftigen Soforthilfen.

PRESSMITTEILUNG